

Herr Cassis, Sie haben 2018 gesagt, der Bundesrat müsse beim Rahmenabkommen den Reset-Knopf drücken. Nicht nur der SVP-Präsident Marco Chiesa findet, dass Sie den schleunigst finden sollten. Der Reset wurde von einigen als Shutdown missverstanden. Das sind zwei unterschiedliche Funktionen im Notebook. Es bleibt aber eine Tatsache, dass wir uns in den Gesprächen mit der EU finden oder nicht. Ich habe immer gesagt, dass der Bundesrat ein Abkommen nur unterzeichnet, wenn es für die Schweiz stimmt. Das Rahmenabkommen ist für die Schweiz wichtig, aber nicht überlebenswichtig. Ich will die Diskussion nüchtern führen.

Ständerat Thierry Burkart, Ihr Parteikollege, sowie der Gewerkschaftspräsident Pierre-Yves Maillard fordern beim Rahmenabkommen einen Übungsabbruch. Es gibt im Parlament Vorstösse, die dies verlangen. Der Bundesrat lehnt sie ab. Er hat den vorliegenden Entwurf des Rahmenabkommens nicht unterschrieben, weil dieser ungenügend ist. Die Souveränitätsfrage war für den Bundesrat schon in den bisherigen Verhandlungen wichtig. Nun bleiben noch die Klärungen mit der EU über die umstrittenen Punkten wie den Lohnschutz oder die Unionsbürgerrichtlinie.

Aber Sie wollen nicht grundsätzlich am Modell der Streitbeilegung mit der Rolle des Europäischen Gerichtshofs rütteln, wie es die Kritiker verlangen? Der Bundesrat hat entschieden, dass er den bilateralen Weg mit der EU konsolidieren und ausweiten will. Wir wollen also weiterhin partiell am EU-Binnenmarkt teilnehmen. Und dafür ist ein Rahmenvertrag nötig.

Bis anhin haben die Schweiz und die EU nicht über Nachbesserungen beim Rahmenvertrag gesprochen. Hat die neue Staatssekretärin Livia Leu nun endlich einen Termin in Brüssel? Die EU war Ende des letzten Jahres stark mit dem Brexit und dem Budget absorbiert. Zudem erschwerte die Corona-Pandemie die Terminsuche. Nun bin ich aber zuversichtlich, dass wir demnächst die Diskussionen mit der EU führen können.

Die Aussenpolitische Kommission des Ständerats fordert einen Vergleich zwischen dem Brexit-Vertrag und dem Rahmenvertrag. Was halten Sie vom Weg, den Grossbritannien eingeschlagen hat? Die Schweiz ist erfreut, dass das Brexit-Abkommen zustande gekommen ist. Wir sind daran, dieses im Detail zu analysieren. Es handelt sich um einen Freihandelsvertrag, mit dem die Briten etwa dort stehen, wo wir nach dem EWR-Nein 1992 waren. Wir hatten ein Freihandelsabkommen und einige Kooperationsabkommen, aber keine partielle Teilnahme am EU-Binnenmarkt.

Was bedeutet das für Grossbritannien? Das Brexit-Handelsabkommen ist ein Deal der Eckwerte. Damit werden unzählige Arbeitsgruppen geschaffen, die in den nächsten Jahren genau das tun werden, was die Schweiz seit 1992 gemacht hat. Es ist der Beginn von vielen Verhandlungen, bei denen die beiden Seiten versuchen werden, Millimeter um Millimeter vorwärtszukommen. Das geschieht jedoch in einem härteren und geopolitisch angespannteren Klima als in den neunziger Jahren, was die ganze Diskussion erschwert. Als wir die Bilateralen ausgehandelt haben, war die Welt noch ruhiger, und die EU hatte weniger Mitgliedsstaaten.

Trotzdem gibt es zwischen Grossbritannien und der Schweiz Parallelen. Wo könnte das Brexit-Abkommen als Inspiration dienen und wo nicht? Grossbritannien hat sich bei den staatlichen Beihilfen zu zahlreichen Regeln verpflichtet und hat dennoch nur ein reines Freihandelsabkommen. Das kommt für uns nicht infrage. Interessant ist für die Schweiz dagegen die Kooperation bei der Forschung, wo Grossbritannien einen Schritt vorwärts gekommen ist. Die EU sollte uns in diesem Bereich mindestens so gut behandeln.

Zu reden gibt in der Schweiz aber vor allem die Rolle, die der Europäische Gerichtshof beim Rahmenvertrag spielen soll. Diese Debatte ist mit dem Brexit-Vertrag nicht einfacher geworden.



Aussenminister Ignazio Cassis im Bundeshaus West. Er sagt: «Wir wollen den bilateralen Weg mit der EU ausweiten.» SIMON TANNER / NZZ

«Der Reset wurde als Shutdown missverstanden»

Die Schweiz solle weiterhin partiell am EU-Binnenmarkt teilnehmen, sagt Aussenminister Ignazio Cassis. Dafür brauche es den Rahmenvertrag. Im Gespräch mit Tobias Gafafer und Christina Neuhaus zeigt er sich zuversichtlich, dass die Verhandlungen mit Brüssel demnächst wieder aufgenommen werden. Interessant am Brexit-Abkommen mit Grossbritannien sei die Kooperation in der Forschung: «Die EU sollte uns da mindestens so gut behandeln.»

Man sollte nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Grossbritannien hat keine partielle Integration in den EU-Binnenmarkt, wie wir es haben. Damit gibt es auch keine rechtliche Harmonisierung und folglich auch keine Übernahme von EU-Recht und keine Rechtsauslegung durch den Europäischen Gerichtshof. Das ist bei einem Freihandelsabkommen nicht nötig. Mit China zum Beispiel haben wir auch keine Rechtsharmonisierung.

Die jüngste Botschafterrochade sorgte für Kritik. Warum hat Alexandre Fasel, der mit dem Brexit bestens vertraute Missionschef in London, den Botschafterposten in Brüssel nicht erhalten? Botschafter Fasel ist ein hervorragender Diplomat. Sein Hintergrund ist neben der Europapolitik aber primär der Multilateralismus mit der Uno. Ich bin zuversichtlich, dass wir für ihn eine gute Lösung finden werden. Für Brüssel haben wir eine ebenfalls sehr erfahrene Diplomatin gewählt, die bestens qualifiziert ist für diese Aufgabe. An diesem Auswahlverfahren hat sich auch die neue Staatssekretärin Livia Leu selbstverständlich beteiligt.

Was sagen Sie zum Unmut, der im diplomatischen Korps herrschen soll? Ich pflege einen sehr offenen Kontakt mit den Diplomaten und teile diesen Eindruck nicht. Wir versetzen jedes Jahr etwa einen Viertel der Diplomaten, was immer eine hochemotionale Sache ist. Da kommen dann schnell auch persönliche Befindlichkeiten ins Spiel. Jeder darf Präferenzen angeben. Es gibt jedoch kein Anrecht, den Wunschposten zu erhalten, auch wenn wir dieses Ziel in den meisten Fällen erreichen.

Man liest im Zusammenhang mit Ihnen viel über angeblichen Unmut. Fühlen Sie sich ungerecht behandelt? Das gehört zur Magistratsrolle. Als Bundesrat steht man manchmal unter Beschuss. Damit muss man umgehen können.

Es passiert Ihnen aber öfter als anderen. Man kann das ja auch positiv sehen. Offensichtlich nimmt man wahr, dass ich Dinge bewege.

Als Sie in den Bundesrat gewählt wurden, waren Sie Everybody's Darling. Heute müssen Sie sich gegen alle Seiten verteidigen. Wie erklären Sie sich das? Wie erklären Sie es sich?

Nachdem Sie in einem Interview die Meldefrist von acht Tagen für ausländische Firmen als fast religiöse Frage bezeichnet und damit die Gewerkschaften erzürnt hatten, sind Sie fast verstummt. Sie haben sich fast alles Spontane, Übersprudelnde abgewöhnt. Vielleicht war das falsch. Wieso?

Es gehört zu Ihnen. Es macht Sie aus. Sie strahlten als Parlamentarier und in Ihrer ersten Zeit als Bundesrat viel pragmatischen Optimismus aus. Eigentlich schade, dass Sie sich diese Spontaneität abgewöhnt haben. Ich denke, ich bin immer noch klar in meinen Aussagen.

Die politischen Debatten werden auch in der Schweiz mit immer grösserer Vehemenz geführt. Überall brechen Gräben auf. Bereitet Ihnen das Sorgen? Die politische Polarisierung in der Schweiz hat schon viel früher angefangen, denken Sie nur an die EWR-Abstimmung vor 30 Jahren. Im Tessin waren wir mit der Lega bereits mit diesem Phänomen konfrontiert, als die Deutschschweiz noch kaum betroffen war. Es hat mit Selbstinszenierung und mit Individualisierung zu tun. Die Individualisierung wiederum ist eine Folge des Wohlstands.

Inwiefern? Kennen Sie die Maslowsche Bedürfnishierarchie? Sie wird gerne als Pyramide dargestellt. Unten, am Fuss der Pyramide, stehen Grundbedürfnisse und das Bedürfnis nach Sicherheit. Ganz oben, an der Spitze, steht das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung. Wer arm ist, muss erst seine physiologischen Bedürfnisse befriedigen. Die Selbstverwirklichung ist nur im Wohlstand möglich.

Bezogen auf die Individualisierung heisst das ...

Ja. Wenn wir die Gefahr, die von den mutierten Viren ausgeht, unterschätzen, wird in der Schweiz dasselbe passieren wie in England: Die Fallzahlen werden explosionsartig steigen und ausser Kontrolle geraten. Wir haben jetzt die einmalige Chance, diese Entwicklung zu bremsen, weil wir aus den Erfahrungen anderer Länder lernen können. Ja, die Massnahmen sind hart, aber leider notwendig. Wir müssen die Epidemie bremsen und gleichzeitig impfen, impfen, impfen.

Sie waren früher Kantonsarzt im Tessin. Mit welchen Augen sehen Sie die Impfkampagne der Schweiz? Einige Kantone haben ja noch kaum mit Impfungen begonnen.

Als ehemaliger Tessiner Kantonsarzt bin ich stolz auf meinen Kanton. Dort sind schon praktisch alle Bewohner von Alterszentren geimpft. Meine Mutter hat einen persönlichen Brief des Kantonsarztes bekommen, in dem ihr erklärt wird, wo und wann sie sich impfen lassen kann. Aber Sie haben recht: Leider sind noch nicht alle Kantone gleich gut unterwegs. Das BAG und das EDI werden nun alles daransetzen, die Kantone, die noch nicht so weit sind, zu unterstützen. Jeder Tag ohne Impfung ist ein verlorener Tag.

Offenbar gefährdet der zunehmende Individualismus auch den Föderalismus. Ohne den Föderalismus gäbe es die Schweiz nicht. Allerdings verschärft er die Polarisierung und die Individualisierung. Die Entwicklung findet überall statt, aber sie findet in allen 26 Kantonen anders statt. Diversität ist das Merkmal der Schweiz. Aber wir tun uns schwer damit. Die einzige Diversität, die derzeit positiv konnotiert ist, ist die Biodiversität. Die politische Diversität hat einen weniger guten Ruf.

Wie meinen Sie das?

Ich beobachte, dass viele Menschen das Gefühl haben, sie dürften nicht mehr sagen, was sie denken. Der Druck, nur noch das zu sagen, was genehm ist, ist gross. Die Meinungsvielfalt ist zwar in aller Munde, aber ich spüre eine zunehmende Hemmung, den Mut zu haben, auch anders zu denken.

Wo denn?

Überall. Es ist ein gesellschaftliches Phänomen. Wie gross die Intoleranz gegenüber anderen Meinungen mittlerweile geworden ist, haben wir im Abstimmungskampf gegen die Konzernverantwortungsinitiative gesehen. Eine liberale Demokratie kann aber nur bestehen, wenn man sich offen auf die Argumente der Andersdenkenden einlässt. Die Aufklärung hat uns gelehrt, alle Dinge ergebnisoffen anzuschauen. Doch die Bereitschaft zu sachlicher Auseinandersetzung nimmt ab. In der Ära der sozialen Netzwerke geht es um Slogans und um Emotionen. Das beeinflusst auch die Politik. Es gibt immer mehr Tabus.

Ein immer grösseres Tabu ist auch der Tod. Der St. Galler Gesundheitsdirektor wurde für den Satz, die Gesellschaft habe verlernt, mit dem Tod umzugehen, scharf kritisiert. Mit welchen Augen schauen Sie als Arzt auf den Tod?

Als Arzt weiss ich: Der Tod gehört zum Leben. Eine Epidemie fordert Opfer. Leider. Ich war sechs Jahre lang Präsident des Heimverbands Curaviva Schweiz. Wir hatten täglich mit Fragen des Todes, der Menschenwürde und Menschenrechte zu tun. Wir haben damals schon gesehen, wie schwer sich die Gesellschaft damit tut, das Sterben als Lebensphase zu akzeptieren. Überhaupt über den Tod zu reden.

Haben Sie eine Erklärung dafür?

Wahrscheinlich bestätigt sich das Maslow-Modell auch hier: In der Selbstverwirklichungsphase will sich eine Wohlstandsgesellschaft nicht mit so schwer erträglichen Tatsachen wie der Unvermeidlichkeit des Todes befassen. Als Kind war der Tod für mich etwas ganz Natürliches. Wenn jemand im Dorf gestorben war, wurde er bei sich zu Hause aufgebahrt. Alle nahmen Abschied. Berührten den Toten ein letztes Mal. Schon die Kinder wussten, wie sich der Tod anfühlt. Heute haben wir den Tod verdrängt. Als Arzt kann ich das bedauern, als Bundesrat habe ich dieses gesellschaftliche Phänomen bei meinen Entscheidungen zu berücksichtigen.

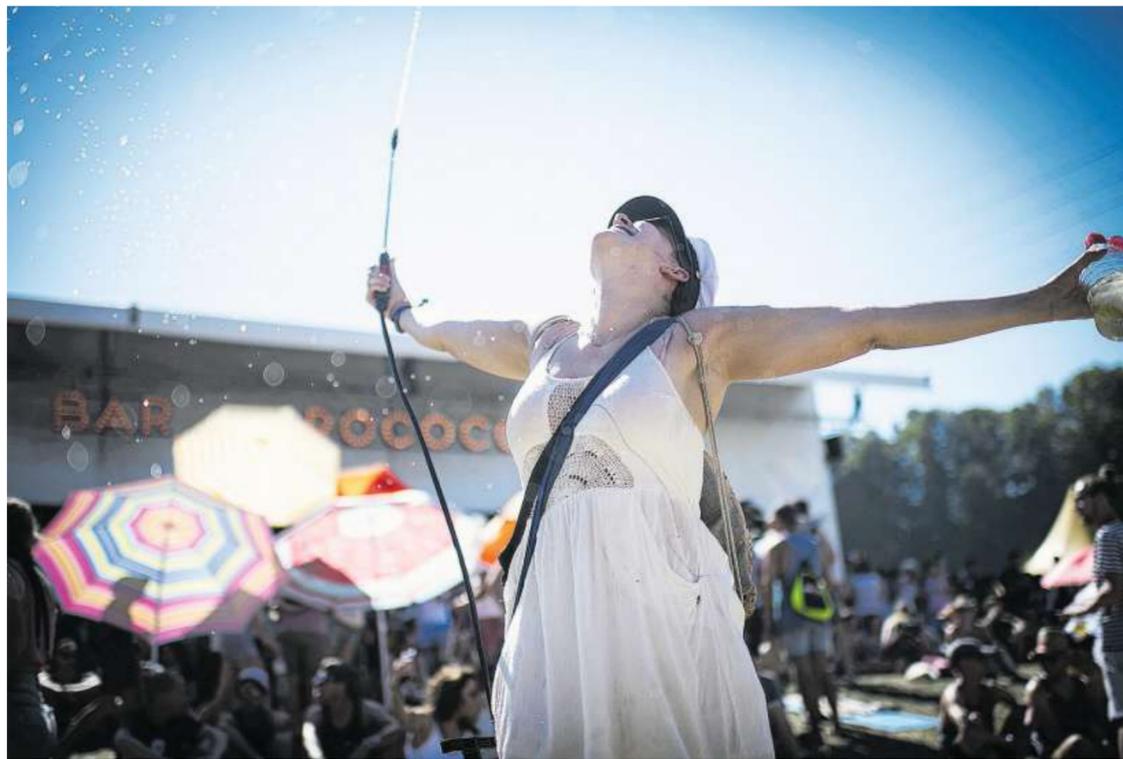
«Als ich ein Kind war, war der Tod für mich etwas ganz Natürliches. Heute haben wir ihn verdrängt.»

... zunehmender Wohlstand führt zu Individualisierung, und zunehmende Individualisierung führt zu Polarisierung. Der Zusammenhalt, den man braucht, um widrige Umstände meistern zu können, schwindet, wenn die Umstände besser werden. Die Probleme werden kleiner und damit auch die Probleme, über die man sich streitet. Im Ausland bekomme ich oft zu hören: Ihre Probleme in der Schweiz möchte ich haben.

Heute hat auch die Schweiz grosse Probleme.

In welchem Ausmass sich die Pandemie auswirken wird, wissen wir wahrscheinlich noch gar nicht. Wenn sie sich nicht sehr stark auswirkt, könnte sich dieser Trend nach Individualisierung beschleunigen. Wenn Sie mit menschlichem Leid, mit Angst um die Zukunft, mit Einsamkeit verbunden ist, bewegt sich eine Mehrheit der Gesellschaft wieder zurück an den Fuss der Maslow-Pyramide. Das Bedürfnis nach Sicherheit ist grösser, die Menschen solidarisieren sich, rücken wieder zusammen. Bei der ersten Welle konnte man das beobachten. «Uno per omnibus, omnes per uno», wie es an der Bundeshauskuppel steht. Wir haben gemerkt, dass wir die Schweiz nicht einzeln retten können. Wir müssen zusammenhalten.

Die harten Massnahmen, die der Bundesrat am Mittwoch beschlossen hat, erfordern ein hohes Mass an Zusammenhalt. Stehen Sie klar hinter diesem Entscheid?



Darf das Publikum am Open Air St. Gallen wieder so ausgelassen feiern wie 2019?

GIAN EHRENZELLER / KEYSTONE

Die Festivalveranstalter bleiben optimistisch

Noch ist unklar, ob im Sommer kulturelle Grossanlässe durchgeführt werden können

FRANCO ARNOLD

Die Sonne im Gesicht, das Bier in der Hand, die Lieblingsband auf der Hauptbühne – lange ist es her, dass man in der Schweiz das letzte Musikfestival besuchen konnte, da alle grossen Festivals im letzten Sommer aufgrund der Pandemie verschoben werden mussten. Ende Februar steht nun das «Ghost Festival» an, ein Geisterfestival mit rund 300 Schweizer Musikerinnen und Musikern, das allerdings nicht stattfindet. Dabei handelt es sich um eine Spendenaktion für Musikschaffende, die aufgrund der Corona-Pandemie nicht auftreten können und somit auch keine Einnahmen verzeichnen.

Richtige Konzerterlebnisse soll es laut heutigem Stand im Sommer geben. So stehen die Termine der grossen Schweizer Musikfestivals, die auftretenden Bands und Musiker sind grösstenteils bekannt, der Ticketverkauf läuft. Doch so ganz mag man sich nicht vorstellen, dass sich bereits in einem halben Jahr Tausende Menschen dicht an dicht vor einer Bühne drängen. «Stand jetzt kann niemand sagen, ob in diesem Sommer Festivals in gewohnter Form durchgeführt werden können», sagt Stefan Breitenmoser, Geschäftsführer des Verbands der Schweizer Konzert-, Show- und Festivalveranstalter (SMPA). «Doch wir sind zuversichtlich, dass der Festivalsommer stattfindet.»

Die Uhr tickt

Bis Ende Februar hat der Bundesrat Veranstaltungen jedweder Grösse verboten. Wie es danach weitergeht, ist offen. Die Vorbereitungen bei den grossen Festivalveranstaltern laufen derweil «auf Sparflamme», wie Breitenmoser sagt. Allerdings benötige die Branche bis spätestens Anfang März ein Signal der Behörden, welche Regeln im Sommer gelten würden. «Es braucht drei bis vier Monate Vorlaufzeit, um einen Anlass dieser Grösse auf die Beine zu stellen», so der SMPA-Geschäftsführer. Anfang März ist quasi der «point of no return», denn dann müssen die Festivals mit der Detailplanung beginnen und ihre Mitarbeiter aus der Kurzarbeit holen – oder eben nicht. «Das ist der Nachteil unserer Branche, wir können nicht am Montag nach Aufhebung der Massnahmen den Schlüssel drehen und wieder Gäste empfangen.»

In Gampel, wo jeweils eines der grösseren Open Airs der Schweiz stattfindet, will man das Festival unbedingt durchführen. «Solange es nicht verboten wird,

arbeiten wir an der Umsetzung des Festivals», sagt Roman Pfammatter, operativer Geschäftsführer des Open Air Gampel, mit Blick auf die Impfungen und die wärmeren Temperaturen im Sommer. Auch in St. Gallen versuche man in Absprache mit Behörden, Partnern und Spezialisten «alles, um eine sichere Durchführung des Festivals zu ermöglichen», sagt der Festivaldirektor Christof Huber. Denn sollten auch 2021 keine Festivals stattfinden, wäre dies für Huber eine dramatische Entwicklung: «Wir verlieren einen Teil unserer Kultur, gerade die jüngere Generation tut sich sehr schwer damit.»

Über Schutzkonzepte diskutieren

Ein Festival im kleineren Rahmen ist für die Veranstalter des Open Air St. Gallen keine Option. Aus Kapazitätsgründen könne das Festival nur «in seiner ursprünglichen Form» stattfinden, «also nicht in einer Light-Version oder «socially distanced», sagt Huber. Das sehen auch die Veranstalter in Gampel so. «Die Kosten könnten wir so nicht decken», sagt Pfammatter. Diskussionen über den Rahmen des Festivals und Schutzkonzepte würden jedoch geführt. «Viele Themen liegen auf dem Tisch, wie zum Beispiel Schnelltests, ein vergrössertes Gelände oder sogar eine Maskenpflicht in einzelnen Zonen des Festivals.»

Sollten Grossveranstaltungen verboten bleiben, steht den Organisatoren ein zweiter Sommer ohne Einnahmen bevor. Ohne Unterstützung von der öffent-

Das Festival, das nicht stattfindet

fra. · Das «Ghost Festival» ist für den 27. und 28. Februar geplant, findet aber nicht statt. Beim «Geisterfestival» handelt es sich um eine reine Solidaritätsaktion für Musikerinnen und Musiker, die bereits in der ersten Coronawelle stark getroffen wurden. Sie sollen so finanziell unterstützt werden. Das «Line-up» hat es in sich. Neben Hunderten anderen Schweizer Bands und Künstlern finden sich grosse Namen wie Stefanie Heinzmann, Patent Ochsner oder Züri West. Für das Festival kann man Tickets kaufen, zudem werden Merchandising-Artikel wie T-Shirts angeboten. Gemäss dem Veranstalter fließt der Ertrag aus dem Ticketerlös zu hundert Prozent in die Taschen der Musikschaffenden.

lichen Hand würden die meisten Veranstalter wohl nicht überleben, gibt der SMPA-Geschäftsführer Breitenmoser zu bedenken. Gemäss der Covid-19-Kulturverordnung erhalten sie bis Ende 2021 eine Entschädigung von bis zu 80 Prozent des finanziellen Schadens, der durch ausgefallene Veranstaltungen entstanden ist. «Halten sich die Kantone an die nationale Kulturverordnung, ist das Überleben fast aller Festivals gesichert», sagt Breitenmoser. Allerdings, gibt er zu bedenken, werde es anders aussehen, wenn noch lange Unklarheit über ein Veranstaltungsverbot im Sommer bestehe und Festivals erneut kurzfristig abgesagt werden müssten.

Die Taskforce Culture, der auch die SMPA angehört, fordert, dass diese Ausfallentschädigung von 80 auf 100 Prozent erhöht wird. «Nach bald einem Jahr Auftrittsverbot sind vielerorts die Reserven erschöpft, die allermeisten Veranstalter könnten Fehlbeträge nicht noch einmal selber decken und schon gar keine zusätzlichen Risiken mehr eingehen», gibt Breitenmoser zu bedenken. Nur mit einer solchen Rückendeckung hätten Organisatoren die Möglichkeit, die Planung von Veranstaltungen wieder in Angriff zu nehmen.

Damit ihnen eine Planungssicherheit garantiert wird, wünschen sich die Veranstalter «einen Rettungsschirm», wie der St. Galler Festivaldirektor Huber ausführt. «Darunter verstehen wir eine Art Versicherung oder Ausfallhaftung durch den Bund, die nur greifen würde, falls eine Veranstaltung wenige Wochen vorher abgesagt werden muss.»

Geringe Nachfrage nach Tickets

Viele grosse Festivals sind im vergangenen Sommer nicht abgesagt, sondern verschoben worden, weshalb die letztjährigen Tickets auch in diesem Sommer ihre Gültigkeit haben. Da eine Durchführung in diesem Sommer allerdings ungewiss ist, zögern viele Musikinteressierte, bereits jetzt einen Festivalpass zu kaufen. «Positiv ausgedrückt, ist der Ticketverkauf momentan leicht am Tröpfeln», sagt Breitenmoser, «um einen Event jedoch wirtschaftlich durchzuführen, müssten mehr Tickets verkauft werden.»

Auch in Gampel läuft der Ticketverkauf nicht wie in den letzten Jahren, dennoch konnten mehrere hundert Tickets verkauft werden. So bietet das Festival ein Ticket an, das tausend Tage lang gültig ist. «Wir wollen damit Vertrauen aufbauen», sagt Roman Pfammatter. Die Botschaft dahinter: Das Festival geht ganz sicher weiter. Wenn nicht in diesem Sommer, dann halt im nächsten.